

Kemfert, Claudia

Article — Published Version

Energiapolitik gefordert: Gasstreit

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kemfert, Claudia (2009) : Energiapolitik gefordert: Gasstreit, Wirtschaftsdienst, ISSN 1613-978X, Springer, Heidelberg, Vol. 89, Iss. 1, pp. 6-, <https://doi.org/10.1007/s10273-009-0882-2>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/65584>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Gesundheitsfonds Ein gangbarer Weg

Anfang Januar hat der Gesundheitsfonds seine Arbeit aufgenommen. Gleichzeitig haben sich die Wirtschaftsaussichten deutlich verdüstert mit der Folge, dass die beitragspflichtigen Einnahmen der Krankenversicherung weitaus geringer ausfallen werden als erhofft. Die Konsequenzen wird der Wahlbürger erst 2010 zu spüren bekommen: Dann müssen Kredite, die zum Ausgleich für die ausgefallenen Einnahmen aufgenommen wurden, zurückgezahlt und das Leistungsvolumen muss nur noch zu 95% aus dem Gesundheitsfonds finanziert werden. In der Folge wird es wahrscheinlich für alle Mitglieder von gesetzlichen Krankenkassen Nachforderungen in Form von Kopfpauschalen hageln, nicht nur für Mitglieder in Kassen, die sich dem neuen morbiditätsadäquaten Ausgleichssystem nicht gut anpassen können.

Das beschlossene Konjunkturpaket II hat vor allem den konjunkturellen Impuls zum Ziel. Die Maßnahmen werden nicht verhindern, dass die gesetzlichen Kassen Defizite ansammeln, sie dienen allein dazu, den Beitragsausfall aufgrund der Beitragssatzsenkung auszugleichen. In diesem Jahr wird der staatliche Zuschuss von den in der Gesundheitsreform vorgesehenen 4 Mrd. auf 7 Mrd. Euro und 2010 auf 11,5 Mrd. Euro angehoben. Ursprünglich war der Zuschuss vorgesehen, um die beitragsfreie Kinderversicherung abzudecken. Mit anderer Motivation hatte er 2006 schon einmal 4,2 Mrd. Euro betragen und war 2007 und 2008 abgesenkt worden. Er sollte nach den Plänen der Gesundheitsreform in jährlichen Schritten von 1,5 Mrd. Euro bis zum Jahr 2016 auf 14 Mrd. Euro p.a. anwachsen.

Staatliche Zuschüsse rufen allerdings die privaten Krankenversicherungen auf den Plan. Sie halten schon den aktuellen Bundeszuschuss für verfassungswidrig. Derzeit klagen private Krankenversicherungen außerdem vor dem Bundesverfassungsgericht dagegen, dass sie von 2009 an einen einheitlichen Basistarif anbieten müssen, der allen freiwillig Versicherten offensteht. Tatsächlich widerspricht ein solcher Tarif dem Geschäftsmodell der privaten Krankenversicherungen. Angesichts der ebenfalls ab 2009 möglichen Portabilität der Altersrückstellungen wird zudem der Kassenwechsel unter den privaten Anbietern erleichtert, so dass auch hier neue Wettbewerbselemente die Branche in Schwierigkeiten bringen. Tatsächlich ist mehr Wettbewerb in diesem Wirtschaftszweig die einzige Möglichkeit den unhaltbaren Zustand zu beenden, in dem die privaten Kassen die guten Risiken mit hohem Einkommen abschöpfen. Voraussetzung für mehr

Wettbewerb ist aber, dass die gesetzlichen Kassen in die Lage versetzt werden zu konkurrieren: Der Bund sollte die Kinderversicherung voll finanzieren, die Mitversicherung des nichtarbeitenden Ehepartners sollte abgeschafft und die tatsächlichen Kosten anhand einer risikoadäquaten Kopfpauschale sichtbar gemacht werden. Natürlich müsste der Bund dann ganz anders als derzeit in die Finanzierung der Krankenversicherungen einsteigen. Er müsste neben der Kinderversicherung einen ausreichenden Ausgleich für die Niedrigverdiener bereitstellen, der am besten durch einen Aufschlag auf die Einkommensteuer finanziert wird. Der Gesundheitsfonds kann den Weg zu einer solchen Umstellung ebnen.

*Susanne Erbe
Redaktion Wirtschaftsdienst
erbe@zbw.eu*

Arbeitsmarkt Erwerbstätigkeit auf Rekordniveau

Im Jahr 2008 gingen 40 350 000 Menschen in Deutschland einer Erwerbstätigkeit nach, so viele wie nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik. Ebenso wenig wie ein Sportler kommt der Arbeitsmarkt aus dem Nichts zu einem Bestwert. Der zurückliegende Aufschwung hob sich in seiner Arbeitsmarktwirkung von der typischen Konjunktur ab, und die Bedingungen für einen Rekord der Erwerbstätigkeit, zumal getragen durch einen Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, waren 2008 besonders günstig.

Dass die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung die tragende Säule des Rekords ist, ist nicht selbstverständlich. Im Trend verliert sie an Bedeutung, wie der vorherige Aufschwung zeigt: Zwischen dem schlechtesten Jahr 1997 und dem besten Jahr 2001 stieg die Erwerbstätigkeit um 1,9 Mio., die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nur um 640 000. Auch in der anschließenden Schwäche klaffte die Entwicklung auseinander: Bis zum Jahr 2005 zählte Deutschland 470 000 weniger Erwerbstätige, aber 1,7 Mio. weniger sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, vor allem Vollzeitkräfte. Diesen Wandel der Erwerbsformen hatte auch die Gesetzgebung unterstützt, beispielsweise durch die günstigen Regelungen für Minijobs und geförderte Selbstständigkeit. Mit der Erhöhung der Pauschalabgaben auf Minijobs und der Neuregelung des Gründungszuschusses haben die neuen Erwerbsformen inzwischen wieder an Attraktivität verloren. Zudem scheint ihr Wachstumspotenzial vorläufig ausgeschöpft zu sein. So stützt sich der Rekord auf die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, begünstigt durch eine Reihe von Faktoren.

Die Löhne wurden über Jahre hinweg innerhalb des Verteilungsspielraums vereinbart und waren daher beschäftigungsfreundlich. Auch die Lohnnebenkosten sanken per Saldo, der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung sogar von 6,5 auf 2,8%. Nach den Hartz-Reformen müssen sich von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen frühzeitig bei den Agenturen melden, auch um sie möglichst von Job zu Job zu vermitteln. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe und die Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes haben die Anreize erhöht, intensiv eine Stelle zu suchen und eher anzunehmen. Auch strukturelle Altlasten des Übergangs der ostdeutschen Wirtschaft zur Marktwirtschaft dürften geringer ins Gewicht gefallen sein. Dies und Weiteres hat das Zueinanderfinden von offenen Stellen und Bewerbern erleichtert. Und es hat Unternehmen veranlasst, mehr Arbeit nachzufragen, erstmals seit 1996 auch im Osten. Ohne Training war der Rekord also nicht zu haben – und auch nicht ohne Muskelkater. Es gab partiell Fachkräftemangel, aber auch mehr flexible, doch instabile Zeitarbeit, mehr Nebenjobber und mehr Arbeitnehmer, die aufstockend Arbeitslosengeld II erhielten. An einigen Nebenwirkungen muss also noch gearbeitet werden, um nach der bevorstehenden Rezession wieder die Chance zum Rekord zu haben und sich an ihm zu freuen.

Sabine Klinger

*Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg
Sabine.Klinger@iab.de*

Gasstreit

Energiepolitik gefordert

Nun findet zum wiederholten Male ein „Energienstreit“ zwischen Russland und Transitländern, in diesem Fall wieder der Ukraine, statt. Russland als Energiegigant – es besitzt immerhin vor Iran und Katar die weltweit größten Gasreserven, aber auch einen beträchtlichen Anteil aller Öl-, Kohle- und Uranvorkommen – hat als wirtschaftlich aufstrebende Nation ein erhebliches Interesse an hohen Einnahmen aus den Energieverkäufen und nutzt Energie gern als wirtschaftliches und politisches Druckmittel.

Was bedeutet dies für Deutschland? Deutschland muss – aber auch die EU insgesamt müssen – sich ebenso auf mittel- bis langfristig steigende Energiepreise einstellen. Aufgrund des durch die Finanzkrise

gesunkenen Ölpreises sinken derzeit zwar die Gaspreise, doch das wird sich mittelfristig wieder ändern, denn Öl wird knapp und damit teuer. Die Energielieferungen müssen diversifiziert und alternative Pipelinerrouten konsequent weiter verfolgt werden, wie z.B. die Nabucco-Pipeline, die Gas aus dem Kasachischen Raum liefern kann. Zudem sollte Flüssiggas (LNG) eine stärkere Rolle spielen, dazu sollte auch in Deutschland ein Terminal gebaut werden. Mit zunehmendem Wettbewerb wird diese Option vielleicht für neue Energieanbieter interessant. Die gerade gebaute Ostseepipeline erhöht unsere Abhängigkeit vom russischen Gas weiter. Denn in der Zukunft wird norwegisches und niederländisches Gas zur Neige gehen, durch die Ostseepipeline kann der Anteil von russischen Gasimporten in Deutschland von heute knapp 40% auf knapp 60% ansteigen.

Deutschland sollte weiterhin von fossiler Energie generell wegkommen und mehr tun, um Energie einzusparen. Da Gas insbesondere zum Heizen genutzt wird, sollten die Gebäude besser gedämmt werden. Auch in der Stromerzeugung führen der Atomenergieausstieg und der Klimaschutz eher dazu, dass verstärkt Gas eingesetzt wird. Eine mögliche Laufzeitverlängerung sicherer Kernkraftwerke sollte verbunden werden mit einem gleichzeitig starken Ausbau erneuerbarer Energien, der Energieinfrastruktur, von Kraft-Wärme-Kopplung sowie Energieeffizienzverbesserungen. Zudem sollten alternative Kraftstoffe möglichst rasch entwickelt und an den Markt gebracht werden. Wenn Elektromobilität in der Zukunft eine stärkere Rolle spielen wird, sollte der Strom aus erneuerbaren Energien hergestellt werden. Zudem müssen die Batterien als Energiespeicher zunächst erforscht und der technische Fortschritt deutlich gefördert werden. Und das geht nur, wenn mehr Geld in die Erforschung innovativer Energietechniken fließt. Das Problem ist somit nicht leicht und schnell zu lösen, die Energiepolitik muss langfristig ausgerichtet sein und den Zielen Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit Sorge tragen. Wir benötigen eine CO₂-freie, sichere und bezahlbare Energieversorgung- und eine Energiepolitik, die genau das umsetzt.

Claudia Kemfert

*Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)
ckemfert@diw.de*

Literatur und Links zu diesen und anderen aktuellen wirtschaftspolitischen Themen finden Sie auf der Website der ZBW unter ECONIS Select www.zbw.eu/dienstleistungen/econis_select.htm